

Frau Maria Spering	auf Vorschlag der Grünen
Frau Friederike van Duiven	auf Vorschlag der Grünen
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Frau Rita Krause	auf Vorschlag der pro Köln
Frau Monika Ruiten	

Verwaltung

Herr Hermann Gellissen	
Frau Renate Kaymer	
Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander	Dezernat für Kunst und Kultur
Frau Bettina Schmidt-Czaia	Historisches Archiv
Herr Dr. Sven Schütte	Archäologische Zone

Schriftführer

Herr Uwe Freitag	Dezernat für Kunst und Kultur
------------------	-------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Möller	SPD
Herr Franz-Josef Knieps	CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Jeane von Oppenheim	auf Vorschlag der CDU
--------------------------	-----------------------

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt die neuen und alten Mitglieder des Ausschusses Kunst und Kultur, die Verwaltung und die Presse zur 1. Sitzung der Wahlperiode 2009/2014.

Sie macht auf viele Auszeichnungen aufmerksam, die im vergangenen Jahr im Kulturbereich vergeben wurden und dass es somit im Jahre 2009 auch positive Nachrichten im Bereich Kunst und Kultur gegeben habe. Sie denkt, dass der Ausschuss Kunst und Kultur weiterhin dazu beitragen werde und dies kritisch begleite.

Beigeordneter Prof. Quander begrüßt ebenfalls die Mitglieder des Ausschusses Kunst und Kultur.

Er macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

Unter TOP 7.1 liegt ein Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend „Erhalt der ART.FAIR 21 in Köln“ vor.

Unter TOP 8.5 und 8.6 liegen die Beschlussvorlagen betreffend „Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Einrichtung der Werkstätten des Rautenstrauch-Joest-Museum und des Museum Schnütgen im Neubau KAN“ vor.

Er weist darauf hin, dass die Planungen zu den Einrichtungen der Werkstätten für das Rautenstrauch-Joest-Museum und das Museum Schnütgen erst vor kurzem abgeschlossen werden konnten und überdies noch dem Rechnungsprüfungsamt zur Bedarfsprüfung vorzulegen waren. Um die Einrichtung der Werkstätten noch vor der Eröffnung des Neubaus abschließen zu können, müssen die Ausschreibungen unverzüglich durchgeführt werden. Ein Beschluss des Kulturausschusses zur nächsten Sitzung im Januar käme hierfür zu spät.

Für den nichtöffentlichen Teil liege unter TOP 20.2 die Mitteilung „Wirtschaftliche Situation des Theaters Der Keller e. V.“ vor.

Außerdem weist er darauf hin, dass die Mitteilung „Information über den Bearbeitungsstand zum Wiederaufbau des Historischen Archivs“ fälschlicherweise unter TOP 12.6 umgedruckt worden sei und unter TOP 3 „Historisches Archiv“ mitbehandelt werde.

Des Weiteren schlägt Beigeordneter Prof. Quander vor, die unter TOP 12.5 umgedruckte Beantwortung der Anfrage von Herrn Heinemann betreffend „Städtebaulicher Masterplan für die Kölner Innenstadt“ gemeinsam mit dem gleichlautenden Schwerpunktthema zu behandeln bzw. zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Ablauf der Sitzung schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte A, B und C des Ausschusses Kunst und Kultur und der Betriebsausschüsse Bühnen der Stadt Köln, Gürzenich-Orchester sowie Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud gemeinsam zu behandeln.

RM von Bülow beantragt, den Tagesordnungspunkt 12.1 „Kreativität und Stadtentwicklung“ in die nächste reguläre Sitzung zu verschieben und verbindet damit die Frage, wie die Ansätze für Köln aussehen. Sie schlägt vor, dass die Antwort zur kommenden Sitzung der Mitteilung hinzugefügt werde.

Der Ausschuss ist damit einverstanden und vertagt die Mitteilung in die nächste Sitzung.

RM von Bülow beantragt, den Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters ebenfalls in die nächste Sitzung des Betriebsausschusses Gürzenich-Orchester zu verschieben. Angesichts der Haushaltslage der Stadt Köln möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch genauer recherchieren. Es sei denn es gebe Dinge, die dagegen sprechen.

RM Dr. Elster fragt, wann die Verwaltung dem Ausschuss Informationen zu den Hpl-Beratungen geben wolle, die die Fraktionen für ihre Beratungen benötigen. Ansonsten könne man der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen, den Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters in die nächste Beratungsfolge zu verschieben.

Beigeordneter Prof. Quander zeigt auf, dass es sich hierbei um den Wirtschaftsplan der laufenden Spielzeit 2009/2010 handele. Er weist darauf hin, dass angesichts der angespannten Haushaltslage die Abstimmung mit der Kämmerei schwieriger gewesen sei, als in einem normalen Haushaltsjahr. Dennoch wurde der Wirtschaftsplan vom Stadtkämmerer mitgezeichnet und vom Oberbürgermeister schlussgezeichnet. In Anbetracht der bereits laufenden Saison und der eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den Besuchern und auch den Künstlern habe man entsprechende Ausgaben tätigen müssen. Er wäre dankbar, wenn der Wirtschaftsplan in der heutigen Sitzung beraten würde.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister sagt zu, den Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters zu diskutieren, um die Informationen zu erhalten, die man benötige, um gegebenenfalls einen Beschluss in der nächsten Beratungsfolge zu fassen.

Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A** Bestellung eines Schriftführers und dessen Vertretung
4562/2009

 - B** Aufzeichnung der Verhandlungen des Ausschusses Kunst und Kultur, des Betriebsausschusses Bühnen der Stadt Köln, des Betriebsausschusses Gürzenich-Orchester und des Betriebsausschusses Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud auf Tonband
4629/2009

 - C** Verpflichtung von sachkundigen Bürgern, sachkundigen Einwohnern und sachverständigen Bürgern
- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

 - 2 Archäologische Zone**

 - 3 Historisches Archiv**
 - 3.1 Information über den Bearbeitungsstand zum Wiederaufbau des Historischen Archivs
4801/2009
 - 4 Denkmalpflege**

 - 5 Schwerpunktthemen**
 - 5.1 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln
 - 6 Schriftliche Anfragen**

 - 7 Schriftliche Anträge**
 - 7.1 Erhalt der ART.FAIR 21 in Köln
AN/1830/2009

8 Allgemeine Vorlagen

- 8.1 Umwandlung der Stadtteilbibliothek Bocklemünd in eine Auszubildendenbibliothek
4215/2009
- 8.2 Ergänzung Fotodokumentation und Datenbankerstellung über die Kölner Außenkulpturen im erweiterten Innenstadtbereich
4499/2009
- 8.3 Konjunkturpaket II - Energetische Sanierung der Kinder- und Jugendabteilung im Untergeschoss der Zentralbibliothek
4714/2009
- 8.4 Gewährung von Zuschüssen für die Erhaltung sonstiger Sakralbauten
4566/2009
- 8.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Einrichtung der Werkstätten des Rauteustrauch-Joest-Museum im Neubau KAN
4906/2009
- 8.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Einrichtung der Werkstätten des Museum Schnütgen im Neubau KAN
4919/2009

9 Sonderausstellungen

- 9.1 Sonderausstellung "August Sander- Köln wie es war" im Kölnischen Stadtmuseum
4056/2009
- 9.2 100 Jahre Museum für Ostasiatische Kunst: "Bhutan - Heilige Kunst aus dem Himalaya"
4707/2009

10 Annahme von Schenkungen

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 11.1 Sonderausstellung "Archäologie in Nordrhein-Westfalen" im Römisch-Germanischen Museum in der Zeit vom März bis November 2010.
4048/2009
- 11.2 Sonderausstellung "Roy Lichtenstein- Kunst als Motiv" vom 03. Juli 2010 bis 03. Oktober 2010 im Museum Ludwig
4064/2009

12 Mitteilungen der Verwaltung

- 12.1 Kreativität und Stadtentwicklung
3543/2009
- 12.2 Mindestanforderungen an das Rechnungswesen freier Kulturträger/Bewilligungsauflagen
3594/2009
- 12.3 Einschränkung der Dienstleistungen der Stadtbibliothek wegen der Einführung eines neuen Bibliotheksmanagementsystems
4214/2009
- 12.4 Beihilfen zur Erhaltung von Baudenkmalern
4611/2009
- 12.5 Beantwortung der Anfrage des Herrn Heinemann aus der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur/Museumsneubauten, TOP 4.2 vom 07.09.2009 betr. Städtebaulicher Masterplan für die Kölner Innenstadt
4457/2009

13 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

14 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

15 Schwerpunktthemen

16 Schriftliche Anfragen

17 Schriftliche Anträge

18 Allgemeine Vorlagen

19 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

20 Mitteilungen der Verwaltung

- 20.1 Prüfbericht Vergabe und Verwaltung von Atelierräumen sowie Gewährung von Investitionskostenzuschüssen
4395/2009
- 20.2 Wirtschaftliche Situation des Theaters Der Keller e. V.
4929/2009

20.3 Mündliche Mitteilung der Verwaltung

21 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Bestellung eines Schriftführers und dessen Vertretung 4562/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur bestellt für die Wahlperiode 2009/2014 Herrn Uwe Freitag zum Schriftführer und Frau Cornelia Lörpen zu seiner Stellvertreterin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

B Aufzeichnung der Verhandlungen des Ausschusses Kunst und Kultur, des Betriebsausschusses Bühnen der Stadt Köln, des Betriebsaus- schusses Gürzenich-Orchester und des Betriebsausschusses Wallraf- Richartz-Museum & Fondation Corboud auf Tonband 4629/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt, die Verhandlungen der Sitzungen auf Tonband aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

C Verpflichtung von sachkundigen Bürgern, sachkundigen Einwohnern und sachverständigen Bürgern

Vorsitzende Frau Dr. Bürgermeister verpflichtet Frau Anke Brunn, Herrn Peter Sörries, Herrn Dr. Ulrich Wackerhagen und Herrn Detlef Alsbach als Sachkundige Bürger für den Ausschuss Kunst und Kultur.

Weiter verpflichtet sie Frau Karin Reinhardt, Herrn Dr. Ulrich Soénius, Frau Frederieke van Duiven, Frau Maria Spring, Frau Maren Friedlaender, Herrn Lorenz Deutsch, Frau Rita Krause, Frau Sengül Senol und Frau Monika Ruiten als Sachkundige Einwohner für den Ausschuss Kunst und Kultur.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Archäologische Zone

Der Leiter der Archäologischen Zone Dr. Schütte stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Sachstand dar.

Frau Brunn hält es für wichtig, dass die Archäologische Zone auf ein großes Interesse in der Bevölkerung treffe. Sie hoffe, dass die Archäologische Zone und das Jüdische Museum bald fertig gestellt und sichtbar sein werden. Es käme jetzt darauf an, dass der Ratsbeschluss vom 10. September 2009 umgesetzt werde. Sie macht darauf aufmerksam, dass das inhaltliche Konzept für den Teil des Jüdischen Museums in der Art und Weise, wie es dargestellt worden sei, vom Rat so nicht beschlossen worden sei.

Es sollte darauf geachtet werden, dass man sich auf der Ebene des Ratsbeschlusses bewege. Sie merkt weiter an, dass die Archäologische Zone im Rahmen der Regionale 2010 als Projekt gedacht gewesen sei. Es sei wichtig, dass die dafür vorgesehenen Präsentationen und das entsprechend erarbeitete Öffentlichkeitskonzept entsprechend eingebracht und dargestellt werden. Hierfür sei die zeitnahe Vorlage der entsprechenden Konzeptionen, Anträge, Ausschreibungen etc. erforderlich. Es müsse darauf geachtet werden, dass das Zielkonzept und das Projekt, welches man sich vorgenommen habe, schrittweise erreicht werde, um sich zum richtigen Zeitpunkt intensiv um das zukünftige Konzept des Jüdischen Museums zu kümmern.

Der Leiter der Archäologischen Zone Dr. Schütte betont, dass man stets auf der Basis des Ratsbeschlusses gearbeitet habe. Er erläutert weiter, dass die Öffentlichkeitsagentur europaweit ausgeschrieben sei. Es gebe bereits eine Schaustelle und ebenso einen festen Terminplan für das Präsentationsjahr der Regionale 2010. Betreffend der Konzeption erklärt er, dass dies von den Grabungsergebnissen abhängig sei. Er weist darauf hin, dass die französische Regierung bereits sehr interessiert beobachte, was für das jüdische Kulturerbe modifizierend gemacht werde. Er unterstreicht, dass dies, so wie es der Ratsbeschluss vorsehe, umgesetzt werde und man absolut im Zeitplan sei.

RM Dr. Elster bemerkt, dass man mit der Archäologischen Zone ein Alleinstellungsmerkmal habe und es sollte Wert darauf gelegt werden, dies zu pflegen und auszubauen. Er bittet darum, den Terminplan für die Regionale 2010 den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt es, dass die Archäologische Zone zum jetzigen Zeitpunkt auf ein sehr großes Interesse stoße. Dies lasse hoffen, dass dieses Projekt für internationale und nationale Besucher attraktiv werde und auf dem richtigen Weg sei.

3 Historisches Archiv

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Ergebnisse der Bergung und die weiteren Maßnahmen zur Situation des Wiederaufbaus des Historischen Archivs der Stadt Köln dar.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich bei der Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia für den umfassenden Vortrag. Sie merkt an, dass man angesichts der großen bevorstehenden Aufgabe und der genannten Zahlen fast mutlos werden könne, wenn man nicht wüsste, dass bundesweit und international Hilfe und Unterstützung angeboten werde. Sie weist darauf hin, dass man zügig einen neuen Standort in Angriff genommen habe und entsprechende Beschlüsse gefasst worden seien.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist auf die geplante Ausstellung zum Jahrestag des Einsturzes des Historischen Archivs, die in Berlin stattfinden soll, hin und fragt, was hierzu in Köln vorgesehen sei. Sie halte es für angemessen, dass hier etwas stattfinden.

RM Peil fragt nach der Bergung des Archivgutes, welches sich noch in der Baugrube befinde. Er merkt an, dass neben dem großen Interesse möglichst viel zu bergen, noch andere Interessen an der Baugrube bestehen. Es bestehe insbesondere Interesse an der Beweissicherung im Hinblick auf der Ursache des Unglücks und an dem Weiterbau. Er betont, dass zusätzliche Bauwerke erforderlich seien, um die Beweissicherung durchzuführen. Soweit ihm bekannt sei, gebe es durchaus Interessenkollisionen zwischen dem zuständigen Fachamt, der Staatsanwaltschaft, der Versicherung, der KVB und den bauausführenden Firmen. Er fragt, inwieweit dieses Verfahren der

Beweissicherung Einfluss auf die Bemühungen habe, möglichst schnell und vollständig das Archivgut zu bergen.

RM Dr. Elster stellt fest, dass es Risiken gebe, die sich jenseits der 400 Mio. EUR darin begründen, dass man diesen Betrag nicht historisch betrachten könne, sondern ein Großteil des Geldes möglichst schnell zur Verfügung gestellt werden müsste. Er bittet darum darzustellen, worin sich diese Risiken in der Tat begründen. Es sei deutlich gemacht worden, dass es schwierig sei, Aufträge zu vergeben und es zu Koordinationschwierigkeiten käme, die einem schnellen Handeln entgegenstehen. Er betont, dass dies ein Thema für den AVR sei, aber man könne an dieser Stelle auf der Basis der Informationen, die man von der Verwaltung bekomme, einen Beschluss fassen und den AVR bitten, sich des Themas anzunehmen.

Frau Reinhardt fragt, ob sich die erwähnte Betreuung der Nachlassgeber auf die Zukunft beziehe, oder bereits in der Vergangenheit geschehen sei. Es sei mehrfach in der Öffentlichkeit dargestellt worden, dass es keinen Kontakt und keine Betreuung der Nachlassgeber gebe. Sie vermisse in diesem Zusammenhang eine Klarstellung der Verwaltung.

Herr Dr. Wackerhagen fragt nach dem Planungsstand am Eifelwall und bittet darum, die zeitliche Abfolge darzustellen. Außerdem bittet er die Verwaltung zu erläutern, wie das Vermögen für die geplante Stiftung aufgebracht werden soll. Er sehe bei der Stadt die Bereitschaft, einige Millionen zur Verfügung zu stellen und vielleicht kämen noch Gelder des Bundes und des Landes dazu. Er halte dies für keine ausreichende Finanzierung der Stiftung, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen.

Frau Senol fragt, ob von den digitalisierten Dokumenten, die künftig im Internet abrufbar seien, Sicherheitskopien gemacht werden.

Beigeordneter Prof. Quander antwortet auf die Frage von RM Peil, dass das kulturelle Interesse in der Bergung des Archivguts liege, dies mit einem Bergungsbauwerk sehr eng verzahnt sei und Hand in Hand mit den Interessen der Staatsanwaltschaft gehe. Er berichtet, dass die Staatsanwaltschaft zur Ursachenforschung ein sogenanntes Besichtigungsbauwerk plane, um an bestimmte Stellen der Schlitzwand heranzukommen. Dies sei soweit miteinander verzahnt, dass man die beiden Vorhaben Bergungsbauwerk und Besichtigungsbauwerk integriert durchführen könnte und auch möchte. Die Interessenslage auf der anderen Seite, insbesondere bei den Baufirmen, sei naturgemäß eine Andere. Er betont, dass er für die konkreten juristischen Details nicht zuständig sei, sondern der Rechtsdezernent Stadtdirektor Kahlen, der auch die Verhandlungen führe. Er hofft, dass man mit Hilfe der Staatsanwaltschaft das durchsetzen könne, was der Hauptausschuss im August beschlossen habe, nämlich die Errichtung des Bergungsbauwerkes in Kombination mit dem Besichtigungsbauwerk.

Auf die Frage betreffend der Finanzierung der Restaurierung erläutert Beigeordneter Prof. Quander, dass deswegen die Stiftung gegründet werden soll, die vom Rat mit 5 Mio. EUR ausgestattet und beschlossen wurde. Die Verwaltung habe hochgerechnet, dass man etwa 30 Mio. EUR per anno umsetzen könne. Wenn die Versicherung zahle, stünden rd. 60 Mio. EUR zum Beginn der Restaurierungsarbeiten zur Verfügung. Er erklärt, dass die Stiftung noch nicht gegründet worden sei, weil nach wie vor Gespräche mit der Landesregierung und der Bundesregierung geführt werden. Er ist der Meinung, dass diese großen Partner Gründungsmitglieder der Stiftung sein sollten und sich wenigstens mit gleichen Beträgen (je 5 Mio. EUR) an der Stiftung beteiligen sollten. Er berichtet, dass die Vorgespräche bisher konstruktiv, allerdings noch ohne Ergebnis verlaufen seien. Er hoffe, dass man mit der Landesregierung recht bald zu einem Ergebnis komme, da der Bund - trotz großer Bereitschaft des BKM - sich nur engagieren werde, wenn auch das Land NRW sich hierzu bekennt. Mit der Stiftung soll über einen relativ langen Zeitraum konstant Geld eingesammelt werden. Das Kultur-

dezernat habe sich sowohl bei der Stiftung „Weimarer Klassik“ als auch bei der Stiftung „Frauenkirche“ in Dresden sehr genau kündigt gemacht, und wolle sich an diesen Modellen orientieren. Damit soll gelingen, nennenswerte Summen einzuwerben. Deswegen soll auch die große Ausstellung zum Jahrestag zunächst in Berlin gezeigt werden, um das Thema als nationale Aufgabe darzustellen. Man rechne mit der Unterstützung des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, der die Aufarbeitung der Katastrophe als nationale Aufgabe bezeichnet habe. Der Martin-Gropius-Bau Berlin sei bei der Planung, der Ausrichtung und Ausstellungsarchitektur großzügig entgegengekommen sei, so dass man später eine fertige und relativ preisgünstig Ausstellung nach Köln holen könne.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia berichtet, dass zum Jahrestag eine Veranstaltung in Köln geplant werde, die weniger den Archivaufbau und den Einsturz, als die Trauer um die beiden Todesopfer, deren Familien, die Wohnungslosen, und die anderen Geschädigten zum Gegenstand habe. Den Wiederaufbau und die Perspektive des Neuen wolle man nicht unbedingt mit dem Jahrestag, sondern mit dem Tag der Archive verbinden, der parallel zur Ausstellung in Berlin stattfinde. Dieser Tag der Archive werde alle zwei Jahre vom Verband der deutschen Archivare veranstaltet und das Historische Archiv Köln solle medial das Zentrum dieses Tages sei, der am 6. März 2010 in der ganzen Bundesrepublik begangen werde.

Sie weist ferner darauf hin, dass das Historische Archiv den Umzug in das Bürogebäude der Handwerkskammer am Heumarkt plane. Dieses Gebäude verfüge über eine Ausstellungsfläche, welche früher als Bibliothek genutzt worden sei. Hier möchte man eine Dauerausstellung einrichten, die regelmäßig den neuesten Stand des Wiederaufbaus reflektiere und ständig zugänglich sei.

Zu der Frage nach den Nachlassgebern verweist die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia auf eine Veranstaltung des ehemaligen Oberbürgermeisters Schramma, zu der die gesamten Nachlassgeber und Vorlassgeber eingeladen und informiert worden seien. Eine zweite Informationsveranstaltung, die noch in dessen Amtszeit geplant war, werde wahrscheinlich nach Karneval 2010 stattfinden, um den aktuellen Informationsstand darzustellen und weitergehende Perspektiven zu evaluieren. Frau Dr. Schmidt-Czaia unterstreicht, dass man die Unterstützung dieses Personenkreises zur Rekonstruktion der Bestände dringend benötige. Es sei inzwischen ein Newsletter entworfen und bisher einmal verschickt worden, um aktuelle Informationen weiterzugeben. Sie berichtet außerdem, dass jede Woche mehrere Anfragen zum aktuellen Sachstand von Depositaren im Historischen Archiv eingehen, welche zügig entsprechend beantwortet werden.

Frau Reinhardt berichtet, dass Herr von Wittgenstein einen gewissen Medienrummel veranstaltet habe und vehement erkläre, noch nie von der Stadt Köln informiert worden zu sein. Es machte den Eindruck, dass er für andere Nachlassgeber mitspreche und dies habe keinen guten Eindruck in der Öffentlichkeit hinterlassen. Sie fragt, wie die Verwaltung dies sehe.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia antwortet, dass sie dies abschließen könne.

Auf die Frage von RM Dr. Elster bezüglich des Vergabeverfahrens antwortet sie, dass man versuche ein Drei-Säulen-Modell umzusetzen. Zum einen sei dies die Einrichtung eines Restaurierungs- und Digitalisierungs-Zentrums mit einer eigenen Werkstatt, welches im Wesentlichen die Vergaben organisiere, die Aufträge erteile und anschließend die Qualitätssicherung übernehme, sowie den Aufbau der Bestandszusammenführung. Die zweite Säule seien mehr als hundert Plätze, die man von den Landeswerkstätten der Landesarchive von Baden-Württemberg, Nordrhein Westfalen, aber auch von Sachsen und Hamburg erhalten könne. Hierbei handele es sich um Gefrier-

trocknungskapazitäten und Restaurierungsarbeitsplätze, welche allerdings die Stadt Köln, bzw. eine zu gründende Stiftung finanzieren müsse. Da dies wahrscheinlich nicht ausreicht, werden zusätzlich niedergelassene private Werkstätten beauftragt. Man werde versuchen, standardisierte Vergabekriterien gemeinsam mit dem Vergabeamt zu erarbeiten, um diese Aufträge vereinfacht erteilen zu können. Hier befinde man sich allerdings noch im Abstimmungsprozess, so dass sie noch nicht mehr dazu sagen könne.

Auf die Anfrage von Frau Senol betreffend der Digitalisierung erklärt sie, dass man die Archivalien, die mit viele Mühe und Kosten wieder gewonnen, zusammengeführt und restauriert worden seien, in einem Arbeitsgang digitalisieren werden. Die Digitalisierung setze voraus, dass man die Archivalien von vielen verschiedenen Seiten, wie z.B. Internet, nutzen könne. Diese Daten werden, nachdem man sie auf dem Server Stadt Köln zur Verfügung gestellt habe, an einem anderen Ort gesichert und können somit nicht verloren gehen.

Beigeordneter Prof. Quander berichtet bezüglich der Neubauplanung über die Vorbereitung zum Wettbewerb für das Gebäude. Hier sei man bei der Erstellung der Materialien, damit die Wettbewerbsausschreibung auf den Weg gebracht werden könne, die dem Ausschuss selbstverständlich vorgelegt werde.

Herr Dr. Wackerhagen fragt, mit welcher Zeitschiene man rechnen könne.

Laut der Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia besteht die Absicht, Anfang des Jahres einen Wettbewerbsmanager einzustellen, der diesen Wettbewerb organisiere und korrekt abwickeln werde.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bringt für den Ausschuss die Erwartung zum Ausdruck, dass dies sehr zügig vorangehen müsse.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia weist auf die Planungen für ein gemeinsames Raumprogramm hin. Man plane einen gemeinsamen Bau mit der Kunst- und Museumsbibliothek und betrachte hierbei insbesondere mögliche Synergieeffekte. Der Wettbewerbsmanager benötige ein fertiges Konzept für die Raumplanung und sie betont, dass dies auf einem guten Weg sei.

Frau Brunn weist darauf hin, dass dem Rat die Möglichkeit der schnellen Nutzung von vorhandenen bzw. kopierten Materialien für diejenigen wichtig sei, die an wissenschaftlichen Arbeiten tätig seien. Sie fragt, ob diese Möglichkeit bereits bestehe. Sie betont, dass bezüglich der Nachlassgeber und Vorlassgeber eine intensivere Arbeit notwendig sei. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass es keine Kopien der Architektennachlässe gebe und demnach den Vorlassgebern ein Stück Existenz fehle. Sie vertritt im Übrigen die Auffassung, dass die Gründung der Stiftung zu langsam voran gehe. Man hätte mit einer unselbständigen Stiftung beginnen und später zustiften können. Sie plädiert nachdrücklich dafür, dass die Stiftungsgründung möglichst schnell vorangetrieben werde um überregionale, internationale und private Hilfe zu mobilisieren.

Herr Deutsch fragt, wer sich derzeit in welchen Strukturen um dieses Projekt kümmere. Er weist darauf hin, dass man ohne das Geld einer Stiftung keine einhundert Restauratorenplätze in kompetenten Zentren anmieten und das Eigenrestaurierungszentrum finanzieren könne. Er sei der Meinung, dass man ein professionelles Fundraising-System benötige, weil dies in dieser Größenordnung im laufenden Geschäft der Verwaltung nicht zu bewältigen sei. Er fragt, welche Pläne es diesbezüglich gebe, ab wann man mit welchem Mitteln operieren könne und wann die Restauratorenstellen tatsächlich aktiv mit ihrer Arbeit beginnen können.

Herr Dr. Soénus betont, dass die Gründung der Stiftung vorangetrieben werden müsse, um Geldgeber im internationalen Bereich ansprechen zu können. Die vorhande-

nen Kulturgüter hätten nicht nur rein lokale Bedeutung, sondern nationale, wenn sie nicht für die Geschichtswissenschaft sogar international von hoher Bedeutung seien. Sie müssen wieder hergestellt werden. Er unterstreicht, dass mit dem Land dringend weitere Gespräche geführt werden müssen und dies nicht nur für die Verwaltung gelte, sondern für alle politischen Ebenen. Er regt an, dass diesbezüglich die Politiker ihre Landesabgeordneten ansprechen. Er berichtet, dass zur Zeit dreißig Archive gemeinsam tagen, um den Tag des Archivs am 6. März 2010 zu planen. An diesem Tage werde von 10.00 bis 18.00 Uhr im Straßenbahnmuseum in Thielenbruch eine große Ausstellung aller Kölner Archive stattfinden und dort werde das Thema Restaurierung und Digitalisierung eine Rolle spielen. Demnach werde es für die Kölner Bürgerinnen und Bürger am Jahrestag eine Gedenkveranstaltung geben und am 6. März 2010 die Möglichkeit, Archivgut und die Arbeit der Kölner Archive, insbesondere des Stadtarchivs, wahrzunehmen. Er regt nach Inbetriebnahme des Restaurierungszentrums einen gemeinsamen Besuch des Ausschusses mit dem Fachbeirat an, um das Interesse der Politik öffentlich deutlich zu machen. Dies sei auch für die spätere Einwerbung von Drittmitteln erforderlich.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt die Anregung von Herrn Dr. Soénius.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt betreffend der zu gründenden Stiftung, dass er Gespräche mit der Staatskanzlei Düsseldorf und dem BKM führe. Bezüglich des Landes sei ihm angekündigt worden, dass eine Kabinettsvorlage nahezu fertig gestellt sei. Er kündigt an, beim Staatssekretär nachzufragen, auf welchen Zeithorizont man sich einzustellen habe, bis diese Vorlage dem Kabinett vorgelegt werde. Das BKM habe eine Beteiligung aus haushalterischen Gründen erst für 2011 avisiert. Leider habe man beim BKM erst nach der Bundestagswahl einen entsprechenden Termin bekommen. Man warte nun auf eine entsprechende Rückmeldung, um unmittelbar die Stiftung umzusetzen. Er weist darauf hin, dass es selbstverständlich Überlegungen für ein professionelles Stiftungsmanagement gebe und es hierzu konkrete Vorgespräche mit einem Fund-Raiser gegeben habe. Um eine Größenordnung zu nennen weist er darauf hin, dass die Frauenkirche für die Organisation des Geldereintreibens 40 Personen und 15 Mio. EUR benötigt habe. Es sei stadintern mit der Kämmerei abgesprochen zunächst mit 3 Personen zu beginnen, die aus den zur Verfügung stehenden Geldern für die Stiftung finanziert werden sollen. Er hofft, dass man in Kürze eine definitive Zusage bekomme, um einen Fahrplan entwickeln zu können.

Herr Deutsch bezweifelt, dass die hier beschriebenen Herausforderungen tatsächlich bewältigt werden können. Er stellt nochmals dar, dass in Dresden 40 Personen nötig waren, um bestimmte Ergebnisse zu erzielen und in Köln wolle man mit 3 Personen beginnen. Dies sei seines Erachtens nicht ausreichend, um zu positiven Ergebnissen zu kommen.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes zeigt sich erstaunt darüber, dass zur heutigen Sitzung noch kein Ergebnis betreffend der zu gründenden Stiftung vorgelegt worden sei. Die Politik habe im August zu diesem Thema einen Ratsbeschluss gefasst und seitdem sei nichts Wesentliches passiert.

Beigeordneter Prof. Quander weist zunächst darauf hin, dass der Ratsbeschluss im September erfolgt sei und dies der letzte Beschluss des alten Rates gewesen sei. Er erläutert weiter, dass in allen Gesprächen, die man informell mit der Landesregierung und dem BKM geführt habe, gefragt worden sei, was Köln tue. Ehe Köln, als verantwortliche Stadt, sich dazu nicht bekenne, bekomme man keine Zusage von Land und Bund. Er sei dankbar, dass der Rat in seiner Septembersitzung 5 Mio. EUR zur Verfügung gestellt habe, um daraufhin die Gespräche weiterführen zu können. Er habe eben dargestellt, dass man an diesen beiden Fronten leider noch nicht weiter gekommen sei. Er weist auf die Alternative hin, eine reine Kölner Stiftung zu gründen, be-

fürchte allerdings, dass das Land und der Bund dann nichts unternehmen bzw. überlegen, ob sie sich überhaupt beteiligen. Er zeigt auf, dass ein Schaden in einer Größenordnung von 350 bis 400 Mio. EUR an Restaurierungsbedarf entstanden sei. Wenn die öffentlichen Körperschaften und die Privaten der Stadt Köln nicht zur Seite stehen, müsse diese Summe von der Stadt getragen werden. Er betont, dass man im Rahmen des Archivgesetzes verpflichtet sei, den Restaurierungsbedarf wieder herzustellen und damit ein Haushaltsproblem habe. Mit der Gründung der Stiftung versuche man dieses Haushaltsproblem zu mindern oder alternativ zu lösen. Da man auf die Mitwirkung des Landes und des Bundes angewiesen sei, möchte er diese nicht gerne vor ein Ultimatum stellen. Er weist darauf hin, dass man ein großes Stück weiterkomme, wenn neben den vom Rat zugesagten 5 Mio. EUR zur Gründung der Stiftung die 60 Mio. EUR aus der Versicherungspolice ausgezahlt werden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister spricht für den Ausschuss die Erwartungshaltung aus, dass die Gründung der Stiftung zeitnah erfolge. Es sollte zur nächsten Sitzung von der Verwaltung dargestellt werden, wie man sich ein Fundraising vorstelle und wie man die Bürger und die Institutionen mit einbinden könne.

RM Dr. Elster hält es für wichtig, von der Verwaltung ausführlicher dargestellt zu bekommen, wie das Kapitel in Bezug auf die festgestellten Risiken gesichert werden könne.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia ergänzt noch, dass zum Zeitpunkt der Eröffnung des Restaurierungs- und Digitalisierungszentrum auch wieder ein analoger Lesesaal geplant sei. Bis zum Einzug in den Neubau sei eine kleine analoge Benutzungsmöglichkeit vorgesehen. Hierbei handele es sich allerdings nicht um den Gesamtbestand. Sie weist darauf hin, dass der Fachbeirat eine Priorisierungsmatrix gefordert habe, welche Bestände zuerst restauriert, digitalisiert und zur Verfügung gestellt werden und man werde dies mit der Leitung des Historischen Archivs diskutieren. Hier seien archivische und restauratorische Interessen, sowie Forschungsinteressen vertreten.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass man zur Februar-Sitzung des Rates eine Vorlage zur Gesamtfinanzierung erstelle, welche dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Vorberatung vorgelegt werde.

3.1 Information über den Bearbeitungsstand zum Wiederaufbau des Historischen Archivs 4801/2009

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Denkmalpflege

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer berichtet über den Abschluss der Sanierungsarbeiten an Alt St. Alban und die Übergabe an die Öffentlichkeit Anfang September. Ebenfalls im September habe man erfolgreich den Tag des offenen Denkmals durchgeführt. Hierbei konnten sich über 24.000 interessierte Bürgerinnen und Bürger in ca. 300 Führungen zu dem Thema „Historische Orte des Genusses in Köln“ kundig machen. Dies sei sehr positiv aufgenommen worden. Des Weiteren berichtet sie über die Rückführung des Reiterdenkmals an den Heumarkt. Sie informiert weiter, dass es erstmalig gelungen sei, einen Denkmalkatalog online zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen dieses Kataloges würden nicht nur historische und aktuelle Fotos von Denkmälern und die Denkmalliste, sondern sukzessive die Denkmalbeschreibungen kostenlos zur Verfügung gestellt. Außerdem sei diesbezüglich eine städtische Internetseite in Arbeit, die

allerdings anders gestaltet werde. Stadtkonservatorin Dr. Kaymer stellt weiter dar, dass man vor der Aufgabe stehe, die Denkmalliste mit den Bauten der 60er und 70er Jahre weiter fortzuschreiben. Sie weist darauf hin, dass entsprechende Haushaltsmittel angemeldet, aber noch nicht genehmigt worden seien.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich bei der Stadtkonservatorin Dr. Kaymer für den Bericht und hält es für positiv, dass die Denkmalpflege im Zeitalter des Internets angekommen sei. Zum Thema der Bauten der 60er und 70er Jahre habe sich der Rheinische Verein für Denkmalpflege ebenfalls ausgesprochen. Dies sei ein Bereich, mit dem man sich künftig beschäftigen müsse.

Herr Sörries fragt, inwieweit Alt St. Alban tatsächlich für die Öffentlichkeit zugänglich sei.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer weist auf Diskussionen zu diesem Thema in einer der letzten Sitzungen hin. Es handele sich um eine öffentliche Gedenkstätte, die allerdings weiterhin mit Gittern abgesichert sei. Der Zugang sei aber über Führungen durch das Käthe-Kollwitz-Museum oder spezielle Stadtführungen möglich. Außerdem könne man mit einem im Historischen Rathaus hinterlegten Schlüssel dorthin gelangen, nach Hinterlegung eines Pfands. Sie halte es für nicht möglich, diese Gedenkstätte ständig offen zu halten, weil dann mit unschönen Begleiterscheinungen zu rechnen sei.

5 Schwerpunkthemen

5.1 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln

Der Leiter des Stadtplanungsamtes Gellissen stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den städtebaulichen Masterplan Innenstadt vor.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses bei dem Leiter des Stadtplanungsamtes Gellissen für die PowerPoint-Präsentation und weist darauf hin, dass der städtebauliche Masterplan Innenstadt stadtentwicklungspolitisch für die gesamte Stadt wichtig sei. Sie betont, dass der Masterplan durch einen langwierigen Prozess, unter Einbeziehung einer breiten Fachöffentlichkeit und der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln entstanden sei. Hiermit beschäftige sich hauptsächlich der dafür zuständige Stadtentwicklungsausschuss. Der städtebauliche Masterplan Innenstadt werde dem Ausschuss Kunst und Kultur vorgestellt, weil man sich die Dinge anschauen und diskutieren wolle, die für den Bereich Kultur relevant seien. Dies seien insbesondere das Opernquartier und der Dionysosbrunnen, aber es gebe noch andere Bereiche, welche den Kulturbereich mittelbar berühren. Sie möchte in diesem Zusammenhang dem ehemaligen beratenden Mitglied des Ausschusses Kunst und Kultur, Herrn Heinemann, das Rederecht einräumen. Sie erklärt, dass auf seine Anregung das Thema städtebaulicher Masterplan Innenstadt auf die Tagesordnung des Ausschusses Kunst und Kultur auf die Tagesordnung gekommen sei.

Herr Sörries stellt für den Ausschuss Kunst und Kultur insbesondere das Thema Baukultur und die Gestaltung der Plätze in den Vordergrund. Er führt aus, dass es vor geraumer Zeit eine gemeinsame Tagung des Gestaltungsbeirates und des Kunstbeirates gegeben habe, in der eine Vorlage zur künftigen Gestaltung der Plätze in Köln eingebracht worden sei. Hierzu gab es einen entsprechenden Zeit-/Maßnahmenplan. Er fragt, ob dieser Zeit-/Maßnahmenplan durch den städtebaulichen Masterplan Innenstadt gestoppt worden sei.

RM Dr. Elster regt an, die Perspektiven für den Bereich Kultur noch stärker heraus zu arbeiten. Er betont, dass die Fragen von Herrn Heinemann unter Tagesordnungspunkt 5.1 von der Verwaltung nicht ausreichend beantwortet wurden. Er fragt, inwieweit das

römische Köln in dem städtischen Masterplan stärker in den Fokus gestellt werde. Er regt an, die Kulturverwaltung zu bitten, die Perspektive Kunst und Kultur mit einem Impulsreferat zu belegen, um danach entsprechend weiter diskutieren zu können.

Herr Heinemann äußert seine Unzufriedenheit zur Antwort der Verwaltung. Er betont, dass er immer wieder nach dem Stellenwert des Denkmalschutzes im städtebaulichen Masterplan gefragt habe. Er halte es für selbstverständlich, dass der Denkmalschutz bei städtebaulichen Maßnahmen berücksichtigt werde. Es sei außerdem sinnvoll, baukulturell und baugeschichtlich wichtige Themen im Ausschuss Kunst und Kultur und nicht nur im Stadtentwicklungsausschuss zu behandeln.

Frau Brunn schlägt vor, die Anregungen ihrer Vorredner in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses Kunst und Kultur erneut aufgreifen, um die kulturellen und künstlerischen Aspekte für die Stadtgestaltung ins Zentrum zu stellen.

Herr Deutsch pflichtet dem bei und weist darauf hin, dass in der Bezirksvertretung Innenstadt ein Vorgang mit einem Antrag der Roten Funken vorgelegt worden sei, einen Anbau zwischen der Ulrepforte und der weiterführenden Bebauung Richtung Chlodwigplatz durchzuführen. Dies sei ein Beispiel dafür, dass die Denkmalpflege entgegen dem üblichen Verfahren und in Bezug auf den städtebaulichen Masterplan einbezogen werden müsse.

Herr Dr. Soénius stimmt nicht zu, dass der Masterplan keine Aussagen zur Denkmalpflege und Baukultur aufweise. Herr Speer habe genau beschrieben, dass die Historie dieser Stadt bewahrt werden müsse und er hierauf großen Wert lege. Er betont, dass deshalb bestimmte Teile nicht untersucht worden seien, weil es sich um gewachsene Strukturen handele. Herr Dr. Soénius halte es allerdings für richtig, dass bestimmte Einzelfälle untersucht werden müssen. Er regt deshalb an, dass dieses Thema in der Lenkungsgruppe des städtebaulichen Masterplans auf die Tagesordnung genommen wird.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht deutlich, dass der Ausschuss Kunst und Kultur den Masterplan begleiten wolle und dabei die Zuständigkeitsordnung im Blick behalte. Die Entwicklung der Stadt, bezogen auf die Kulturdenkmäler, sollte konzeptionell weiter betrachtet werden. Sie würde es begrüßen, wenn es hierzu in naher Zukunft eine konkrete Mitteilung der Verwaltung geben würde.

Der Leiter des Stadtplanungsamtes Gellissen antwortet auf die Frage von Herrn Sörries, dass die Verwaltung ein Konzept „Auf die Plätze“ vorgelegt habe, in dem vorgeschlagen worden sei, die Kölner Plätze nach bestimmten Prioritäten und Wegebeziehungen darzustellen. Hierzu gehöre die Via Culturalis, die Via Sakra oder die Kulturdiagonale vom Hauptbahnhof bis zum Neumarkt. Er betont, dass diese Plätze mit erster Priorität behandelt werden sollten, aber kein Zeit-/Maßnahmenraster beschlossen worden sei. Es sei beschlossen worden, dass Konzept weiter zu verfolgen, allerdings wurden hierfür keine Gelder zur Verfügung gestellt.

Er antwortet auf die Nachfrage von Herrn Sörries, dass dieses Konzept im städtebaulichen Masterplan integriert worden sei.

6 Schriftliche Anfragen

7 Schriftliche Anträge

7.1 Erhalt der ART.FAIR 21 in Köln AN/1830/2009

RM Dr. Elster erläutert, dass seine Fraktion mit dem Dringlichkeitsantrag ein Thema aufgreife, welches im Ausschuss Kunst und Kultur bereits öfter diskutiert worden sei. Er stellt dar, dass sich die ART.FAIR in Köln sehr gut als Herbstmesse etabliert habe und europaweit als wichtige Kulturinstitution anerkannt werde. Nun drohe dieser Messe, dass sie für 2010 keinen Spielort mehr zur Verfügung habe, weil das EXPO-Gelände an das Schauspiel abgegeben werde. Die Stadt Köln sei im Augenblick noch nicht in der Lage, der ART.FAIR einen Spielort zur Verfügung zu stellen, obwohl beide beteiligten Dezernate sich dafür ausgesprochen haben. Er weist darauf hin, dass demnächst in verschiedenen Gremien Sitzungen stattfinden, wo dieses Thema auf der Tagesordnung sei. Der Ausschuss Kunst und Kultur sollte hierzu eine klare Stellungnahme abgeben und die Verwaltung auffordern, einen geeigneten Standort zu finden. Hierdurch solle ein entsprechendes Signal an die Vertreter der Fraktionen in den verschiedenen Gremien ausgesendet werden. Er bittet dringend darum, dem Antrag zuzustimmen.

RM von Bülow betont, dass man sich in der Sache grundsätzlich einig sei. Sie schlägt jedoch vor, dass der Antragstext bis „... zu unterstützen“ bestehen bleibt und der Rest wegfalle. Außerdem schlägt sie ergänzend vor, dass ein urbaner Standort gefunden wird und geprüft werde, ob das Reichsbahngebäude hierfür in Frage komme. Zudem halte sie das Signal einer zeitnahen Umsetzung für den Erhalt der ART.FAIR für sehr wichtig.

Herr Dr. Wackerhagen spricht sich ausdrücklich für den Dringlichkeitsantrag aus, wundert sich allerdings, dass es zu dieser Situation gekommen sei. Es sei schließlich seit Jahren bekannt, dass das Schauspiel in das Gebäude der EXPO einziehe. Die Verwaltung hätte bereits über Ersatzräume für die ART.FAIR verhandeln können. Er unterstützt die Ergänzungen von RM von Bülow und unterstreicht, dass die ART.FAIR in Köln bleiben müsse.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erklärt, dass ihre Fraktion den Antrag ebenfalls unterstütze und verweist zusätzlich auf eine Pressemitteilung ihrer Fraktion, die Anfang November veröffentlicht worden sei. Hier sei deutlich gemacht worden, dass es gut für Köln als Kunststadt sei, wenn man mehr als eine renommierte Kunstmesse in Köln hätte. Sie betont, dass ein Wettbewerb den Standort Köln stärke.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass die Verwaltung sich seit anderthalb Jahren mit dem Thema befasse und intensive Gespräche mit den Veranstaltern der ART.FAIR führe. Es sei bekannt, dass das Schauspiel in die Räume der EXPO 21 gehe und diese deshalb für die ART.FAIR nicht mehr zur Verfügung stehen. Man habe bereits alle Immobilien in urbaner Lage, die den Flächenbedarf der ART.FAIR besitzen, geprüft. Vor geraumer Zeit wurde auch das Reichsbahngebäude geprüft und für nicht geeignet befunden. Es gebe zwei Optionen, die ernsthaft weiter zu verfolgen seien. Die einfachste Lösung sei, die ART.FAIR auf dem Messegelände als normale Kunstmesse zu veranstalten. Die Messegesellschaft sei allerdings dagegen, weil sie bereits zwei eigene Kunstmessen im Programm habe. Er stellt weiter dar, dass die Rheinparkhallen in der Diskussion stehen, welche hervorragend geeignet seien. Sie seien in urbaner Lage und vor allen Dingen beispielbar. Er weist darauf hin, dass die Hallen verkauft werden sollen, jedoch sei eine kurzfristige Veräußerung nicht zu erwarten. Dies sei eventuell eine Alternative, bis die Räume der EXPO 21 nach Ende der Interimszeit der Bühnen wieder frei werden. Er berichtet weiter, dass frühzeitig mit dem Dezernat für Wirtschaftsförderung Kontakt aufgenommen wurde, um diverse Veranstaltungen in den Rheinparkhallen zu ermöglichen. Das Kulturdezernat bemühe sich seit Monaten, die ART.FAIR in den Rheinparkhallen zu platzieren und sei in diesem Punkt mit dem Wirtschaftsdezernenten einig. Er betont, dass nach wie vor seitens der Messe Widerstand bestehe, den er nicht nachvollziehen könne. Die Messe habe

schließlich die Hallen abgegeben und für eine hohe Summe das Nutzungsrecht an die Stadt Köln zurück übertragen. Die Messe könne seines Erachtens der Stadt nicht vorschreiben, was dort stattfindet, nur weil es ehemalige Messehallen seien. Er wäre sehr dankbar, wenn die politischen Fraktionen ihre Mitglieder in den entsprechenden Aufsichtsratsgremien motivieren könnten, einen Beschluss zu erwirken, der dies verhindere.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hebt hervor, dass die ArtCologne in der Vergangenheit durch den Ausschuss Kunst und Kultur unterstützt worden sei. Dies bedeute nicht, dass andere Kunstmessen in Köln nicht gefördert werden, zumal die Gefahr bestehe, dass sie in eine Nachbarstadt abwandern. Dies müsse verhindert werden, um die Kulturstadt Köln zu fördern.

Herr Sörries fragt nach der Bedeutung für die Stadt Köln, wenn die im Antrag geforderte Planungssicherheit nicht funktioniere. Außerdem fragt er, ob seitens der Stadt Subvention fließen sollen, um den Erhalt der Kunstmesse in Köln dauerhaft zu gewährleisten. Dies sei in der Begründung nicht dargestellt und würde seines Erachtens bedeuten, dass man alle Mittel bereitstellen müsse, um die ART.FAIR in Köln zu halten, auch wenn dies nicht wirtschaftlich sei. Deshalb habe seine Fraktion vorgeschlagen, nur den ersten Satz des Antrages zu beschließen.

Frau Reinhardt erwidert, dass diese Darstellung eine falsche Interpretation des Antrages sei.

Herr Dr. Wackerhagen unterstreicht nochmals, dass man der ART.FAIR für die Zeit, in der das Schauspiel im Gebäude der EXPO residiere, eine Perspektive geben müsse.

RM Dr. Elster betont, dass es im zweiten Teil des Antrages nicht um eine Finanzierung gehe. Es sei traurig, dass man offensichtlich nicht in der Lage sei, eine zweite Kunstmesse außerhalb des Messegeländes zu ermöglichen. Wenn man Kunst- und Kulturstadt sein wolle, müsse geprüft werden, welche Möglichkeiten in Frage kommen. Er weist erneut auf die Dringlichkeit hin, die im Antragstext begründet sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, einen Formulierungsvorschlag zu machen, da man sich im Prinzip einig sei.

Der Ausschuss Kunst und Kultur formuliert folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Veranstalter der Art.Fair 21 bei der Suche nach einem geeigneten urbanen Standort für die Kunstmesse in 2010 zu unterstützen und zeitnah, möglichst bis Mitte Dezember 2009, für Planungssicherheit für das kommende Jahr zu sorgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Allgemeine Vorlagen

8.1 Umwandlung der Stadtteilbibliothek Bocklemünd in eine Auszubildendenbibliothek 4215/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur stimmt der Umwandlung der Stadtteilbibliothek

Bocklemünd in eine Auszubildendenbibliothek und der damit verbundenen Ausweitung der Öffnungszeiten zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.2 Ergänzung Fotodokumentation und Datenbankerstellung über die Kölner Außenskulpturen im erweiterten Innenstadtbereich
4499/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beauftragt die Verwaltung, eine Ergänzung der Fotodokumentation über die Kölner Außenskulpturen im erweiterten Innenstadtbereich (bis Innere Kanalstraße) durch das Rheinische Bildarchiv der Kunst- und Museumsbibliothek in Auftrag zu geben und die Datenerfassung der Fachhochschule Köln in die städtische Datenbank zu übertragen. Zur Finanzierung beschließt er die Verwendung der im Teilergebnisplan 0405 – Kulturförderung – in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen – für Projektmittel Kunst im öffentlichen Raum veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 11.370 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.3 Konjunkturpaket II - Energetische Sanierung der Kinder- und Jugendabteilung im Untergeschoss der Zentralbibliothek
4714/2009**

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

**8.4 Gewährung von Zuschüssen für die Erhaltung sonstiger Sakralbauten
4566/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt die Gewährung folgender Zuschüsse zur Erhaltung von Sakralbauten an die Evangelische Gemeinde Köln:

1. Geusenfriedhof, Kerpener Str., Köln-Lindenthal,
5.000,00 Euro
2. Evangelischer Friedhof, Berg. Gladbacher Str.86, Köln-Mülheim,
5.000,00 Euro
3. Synagogengemeinde Köln für den Judenkirchhofsweg, Köln-Deutz,
5.000,00 Euro

Die Haushaltsmittel in Höhe von 15.000,00 Euro stehen im Teilergebnisplan 1002 –Denkmalpflege-, Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen-, Haushaltsjahr 2009 zur Verfügung

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Einrichtung der Werkstätten des Rautenstrauch-Joest-Museum im Neubau KAN 4906/2009

Auf Anfrage von RM von Bülow erklärt Museumsreferent Troost, dass es einen Deckelbeschluss vom April 2008 über 13,1 Mio. gebe, welcher eingehalten werde. Er betont, dass die Werkstattkosten darin enthalten seien.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur erkennt den Bedarf für die Einrichtung der Werkstätten für das Rautenstrauch-Joest-Museum an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Einrichtung der Werkstätten des Museum Schnütgen im Neubau KAN 4919/2009

Vorsitzende Dr. Bürgermeister nimmt an, dass die Erklärung der Verwaltung zu TOP 8.5 hierfür ebenfalls gelte.

Museumsreferent Troost bejaht dies.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur erkennt den Bedarf für die Einrichtung der Werkstätten für das Museum Schnütgen an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Sonderausstellungen

9.1 Sonderausstellung "August Sander- Köln wie es war" im Kölnischen Stadtmuseum 4056/2009

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt die Durchführung der Sonderausstellung „August Sander- Köln wie es war“ im Kölnischen Stadtmuseum in der Zeit vom 28.11.2009 – 07.02.2010.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.2 100 Jahre Museum für Ostasiatische Kunst: "Bhutan - Heilige Kunst aus dem Himalaya" 4707/2009

RM von Bülow fragt, ob die Finanzierung sichergestellt sei, auch wenn es im Kulturbereich zu Kürzungen kommen sollte.

Museumsreferent Troost erklärt, dass die Vorlage von der Kämmerei mitgezeichnet wurde und somit die Finanzierung sichergestellt sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt, die Sonderausstellung „Bhutan – Heilige Kunst aus dem Himalaya“ in der Zeit vom 20.02.2010 – 24.05.2010 durchzuführen (Anlass ist das 100jährige Jubiläum seit Gründung des Museums für Ostasiatische Kunst)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Annahme von Schenkungen

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**11.1 Sonderausstellung "Archäologie in Nordrhein-Westfalen" im Römisch-Germanischen Museum in der Zeit vom März bis November 2010.
4048/2009**

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 2 Satz 1 GO NW genehmigt der Ausschuss Kunst und Kultur, die Sonderausstellung „Archäologie in Nordrhein-Westfalen“ im Römisch-Germanischen Museum in der Zeit von März bis November 2010 auszurichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig genehmigt.

**11.2 Sonderausstellung "Roy Lichtenstein- Kunst als Motiv" vom 03. Juli 2010 bis 03. Oktober 2010 im Museum Ludwig
4064/2009**

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 2 Satz 1 GO NW genehmigt der Ausschuss Kunst und Kultur, die Sonderausstellung „Roy Lichtenstein- Kunst als Motiv“ in der Zeit vom 03. Juli 2010 bis 03. Oktober 2010 im Museum Ludwig durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig genehmigt.

12 Mitteilungen der Verwaltung

12.1 Kreativität und Stadtentwicklung 3543/2009

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

12.2 Mindestanforderungen an das Rechnungswesen freier Kulturträger/Bewilligungsauflagen 3594/2009

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, sich mit dem Thema gelegentlich vertieft zu beschäftigen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.3 Einschränkung der Dienstleistungen der Stadtbibliothek wegen der Einführung eines neuen Bibliotheksmanagementsystems 4214/2009

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.4 Beihilfen zur Erhaltung von Baudenkmalern 4611/2009

RM Jung stellt dar, dass mit Schreiben vom 07.05.2009 mitgeteilt wurde, im Landeshaushalt seien hierfür keine Mittel vorhanden. Die Mitteilung zum heutigen Ausschuss wurde am 13.11.2009 verfasst. Er fragt, warum in der Zwischenzeit keine Mittel beantragt worden seien und ob der Verwaltung bekannt sei, wie mit den Antragstellern umgegangen worden sei.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer antwortet, dass es Anträge gegeben habe, die allerdings negativ beschieden worden seien.

Auf Nachfrage von RM Jung erklärt Stadtkonservatorin Dr. Kaymer, dass dies für die Mittel im Jahre 2010 ebenfalls gelte.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12.5 Beantwortung der Anfrage des Herrn Heinemann aus der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur/Museumsneubauten, TOP 4.2 vom 07.09.2009 betr. Städtebaulicher Masterplan für die Kölner Innenstadt 4457/2009

Die Mitteilung wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 5.1 „Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln“ behandelt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

13 Mündliche Anfragen

13.1 Gedächtnisort Jawne

Frau Brunn fragt nach dem aktuellen Sachstand.

Der Leiter des NS-Dokumentationszentrums Dr. Jung erklärt, dass der Lernort Jawne eigentlich nicht in den Zuständigkeitsbereich des NS-Dokumentationszentrums gehöre, allerdings sei man durch Personen und Inhalt damit verbunden. Außerdem sei der Lernort Jawne dem Förderverein des NS-Dokumentationszentrums angeschlossen. Er berichtet, dass die Allianz die Räumlichkeit jahrelang kostenlos zur Verfügung gestellt habe, unter anderem, weil diese bisher nicht vermietbar gewesen sei. Anfang des Jahres sei die Räumlichkeit mit dem Hinweis der Allianz, dass es einen Mieter gebe, gekündigt worden. Es sei denn, der Lernort Jawne bzw. der Verein würde zum 1. Januar 2010 die Räumlichkeit für eine Summe von 1.400 EUR im Monat anmieten. Er weist auf Gespräche mit den Beteiligten hin, in denen erneute Verhandlungen angekündigt worden seien. Es gebe eine gewisse Bewegung dahingehend, dass die Allianz den Mietpreis reduzieren werde, allerdings langfristig das Objekt vermieten wolle. Er berichtet außerdem, die Allianz habe viele Briefe erhalten, in denen verdeutlicht wurde, dass es sich um einen Ort mit einer besonderen Geschichte handele, der nicht so einfach vermarktet werden könne.

Frau Brunn merkt an, dass dieser besondere Ort nicht wegkommerzialisiert werden könne und dies an allen Stellen deutlich gemacht werden müsse. Sie würde es begrüßen, wenn man einen Konsens, als Wunsch an die Allianz, festhalten könnte, dass man nicht das Verhältnis beende und den Verein unter Druck setze, sondern zu einem konstruktiven Ergebnis beitrage. Es muss deutlich gemacht werden, dass das Gesamtinteresse der kulturell interessierten Öffentlichkeit dahinter stehe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)